

Der Bürgermeister

Postanschrift: Stadtverwaltung 53754 Sankt Augustin

An die  
Fraktionen und Fraktionslose  
im Rat der Stadt Sankt Augustin

im Hause  
(per GroupWise/E-Mail)

Dienststelle Dez. I Bürgermeister- und Ratsbüro, Markt 1	
Auskunft erteilt: Frau Bungarten	Zimmer: 401
Telefon (0 22 41) 243-0	Durchwahl: 393
Telefax (0 22 41) 243-430	Durchwahl: 77393
E-Mail-Adresse: g.bungarten@sankt-augustin.de	
Internet-Adresse: http://www.sankt-augustin.de	

Besuchszeiten	
<b>Rathaus</b> montags: 8.30 - 12.00 u. 14.00 - 18.00 Uhr, dienstags bis freitags: 8.30 Uhr - 12.00 Uhr	<b>Bürgerservice (Ärztehaus)</b> montags bis freitags: 7.30 Uhr - 12.00 Uhr, montags: 14.00 Uhr - 18.00 Uhr,

Ihr Schreiben vom

Ihr Zeichen

Mein Zeichen  
BRB-BG.

Datum  
20.01.2017

## Anfrage zur ZUE

Anfrage der SPD-Fraktion, Drucksachen-Nr.: 17/0030

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung
Haupt- und Finanzausschuss	25.01.2017	öffentlich

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit beantworte ich die o.a. Anfrage wie folgt:

### Frage 1:

Was hat der Bürgermeister seit der Ratssitzung vom vergangenen Jahr unternommen, um der dort einstimmig beschlossenen Resolution gegen die Umwandlung der Augustiner ZUE in ein „Ausreisezentrum“, Nachdruck zu verleihen?

### Antwort:

Die Resolution wurde mit einem persönlichen Anschreiben von mir am 9.12.2017 an Bundeskanzlerin Angela Merkel, Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, Regierungspräsidentin Gisela Walsken und dem stellv. Regierungspräsidenten Wilhelm Steitz übersandt. Außerdem wurde die Resolution allen Landtags- und Bundestagsabgeordneten übersandt, mit der Bitte sich ebenfalls im Sinne der Resolution einzusetzen. Von keiner Stelle habe ich hierzu Rückmeldung erhalten. Da ich davon ausgehe, dass auch die im Rat vertretenen Parteien sich an ihre Abgeordneten mit der Bitte um Unterstützung gewandt haben, würde ich mich freuen, wenn Sie mir Ihnen bekannte Aktivitäten mitteilen würden.

- 2 -

**Frage 2:**

Welche Gespräche wurden wann, mit wem und mit welchem Ergebnis geführt?

**Antwort:**

Wie den Fraktionsvorsitzenden mit E-Mail vom 14.12.2016, unmittelbar nach der Besprechung mit Vertretern der Bezirksregierung, mitgeteilt wurde, ist die Entscheidung des Landes für die ZUE Sankt Augustin gefallen. Ebenso wurden Ihnen die weiteren Ergebnisse dieser Besprechung mitgeteilt, die ich hier gerne nochmal wiedergebe:

- Die Veränderung der ZUE mit Aufnahme von Dublinflüchtlingsen ist beschlossen.
- Start möglichst zum 01.02.16
- Voraussetzung ist, dass bis dahin eine Verfahrensberatung eingerichtet ist.
- Es sollen 300 Plätze, max. 2/3 der Regelplätze für Dublin-Flüchtlinge vorgesehen werden.
- Die Zuweisung in die ZUE erfolgt durch die Erstaufnahmeeinrichtungen, nach Überprüfung ob die Voraussetzungen Dublin vorliegen.
- Eine Schulpflicht/Anspruch auf Kita-Platz besteht für diesen Personenkreis nicht.
- Voraussichtlich werden jeweils kleinere Gruppen zurücküberstellt.
- Die BR nimmt die Erwartung der Stadt Sankt Augustin ans MIK mit, dass die Plätze für Dublin-Flüchtlinge beim Abschmelzen der Anrechnung auf die Zuweisungsquote anders behandelt werden.
- Es handelt sich um ein Pilotprojekt für zunächst 6 Monate.
- Bürgerinformation der BR ist für die 2. Januarhälfte geplant.
- Die direkten Anwohner werden vorab in einem „Runden Tisch“ informiert.
- Noch vor Weihnachten erhalten die direkten Anwohner ein erstes Informationsschreiben der BR.

Teilnehmer dieses Gesprächs waren:

Für die Bezirksregierung Abt. Direktorin Abteilung 2 - Frau Köhle, Frau Dez. Hörr und der Einrichtungsleiter der ZUE, Herr Dube.

Für die Stadt Sankt Augustin nahmen neben mir, Herr Lübken und Frau Stocksiefen teil.

Darüber hinaus gab es ein Treffen der BR Köln mit den unmittelbaren Anwohnern der ZUE am 14.01.2017

Teilnehmer: BR Köln: Herr Steitz, Herr Dr. Rosenthal, Herr Yildirim, Herr Dube

EHC: Betreuungsleiter Herr Sivri

Stadt Sankt Augustin: Außer mir nahm Frau Stocksiefen teil.

Mehr unter Punkt 4.

**Frage 3:**

Gab es dazu einen Schriftwechsel, wenn ja, mit welchem Ergebnis?

**Antwort:**

Außer dem Schreiben der Regierungspräsidentin vom 13.12.2016 und Schriftverkehr zu den Informationsveranstaltungen gibt es keinen Schriftverkehr.

**Frage 4:**

Wie ist das Informationstreffen mit den direkten Anwohnern abgelaufen?

**Antwort:**

Das Treffen ist sehr sachlich abgelaufen. Es wurde vereinbart, dass ein weiteres Treffen folgt, in denen konkrete Unterstützungsmaßnahmen vereinbart werden sollen.

**Frage 4a:**

Welche Positionen mit welchen Begründungen hat die Bezirksregierung Köln eingenommen?

**Antwort:**

Herr Steitz teilte folgendes mit:

- Das Pilotprojekt zur Rückführung von Flüchtlingen im Rahmen des Dublin-Verfahrens zwischen Bund und Land NRW wird in drei ZUE durchgeführt mit folgenden geplanten Startterminen:
  - o Ab 1.12.16 Bottrop
  - o Ab 1.1.17 Ratingen
  - o Ab 1.2.17 Sankt Augustin
- Von den 600 Regelplätzen sollen 300 Plätze (wie auch in den beiden anderen Einrichtungen) für die Dublin-Fälle reserviert werden.
- Die Testphase läuft 4 Monate (bis 31.05.2017), das Pilotprojekt soll dann evaluiert werden.
- Die Rückführung erfolgt in der Regel einzeln/individuell nach einer Verfahrensberatung.
- Für die BR Köln ist die Etablierung der Verfahrensberatung in der ZUE Voraussetzung für den Start der Testphase. Bislang steht die Verfahrensberatung noch nicht.
- Die BR Köln hätte Kerpen vorgezogen. Die Entscheidung für Sankt Augustin hat das MIK aufgrund logistischer Gesichtspunkte getroffen.
- Die Rückführung im Rahmen Dublin wird nur für „frisch angekommene“ Flüchtlinge durchgeführt. Es betrifft keine Altfälle.

Folgende Prüfaufträge (auch im Namen des Bürgermeisters) hat die Bezirksregierung u.a. mitgenommen:

- Herr Steitz prüft zusammen mit dem MIK, ob die Möglichkeit besteht, die Nutzungsdauer der ZUE verbindlich auf 10 Jahre zu beschränken (Stichwort: Gerechtigkeit) und teilt das Ergebnis den Anwohnern mit.
- Die Anwohner fordern, nicht nur den Blick in die ZUE, sondern auch ins Umfeld zu lenken. Herr Steitz sagt zu, sich für den Einsatz eines Umfeldmanagers einzusetzen und entsprechende Personalressourcen bereitzustellen.

**Frage 4b:**

Wie hat sich der Bürgermeister dort positioniert?

**Antwort:**

Ich habe deutlich gemacht, dass ich weder mit der Entscheidung des Landes einverstanden bin noch mit der Tatsache, dass die Stadt und vor allem die Anwohner nicht vorab informiert wurden. Außerdem habe ich den Anwohnern Unterstützung zugesagt, um den Betrieb der Einrichtung verträglich für die unmittelbaren Anwohner zu gestalten.

**Frage 5:**

Warum wurde der Rat vom Bürgermeister nicht automatisch, zeitnah und umfassend über seine Bemühungen und die weitere Entwicklung informiert?

**Antwort:**

Zum heutigen Zeitpunkt gibt es wie oben dargestellt keine neuen Erkenntnisse und Entwicklungen.

**Frage 6:**

Wie könnte der Rat selbst, nach Einschätzung des Bürgermeisters, seiner Resolution gegenüber der Bezirksregierung und der Landesregierung im Hinblick auf die terminierte Bürgerinformationsveranstaltung der Bezirksregierung mehr Nachdruck verleihen?

**Antwort:**

Falls noch nicht geschehen, sollten die Ratsmitglieder die Bundestags- und Landtagsabgeordnete der Parteien mit ins Boot nehmen. Hier helfen ggf. persönliche Kontakt weiter, die vom Land NRW (MIK) getroffene Entscheidung nochmals zu überprüfen.

Mit freundlichen Grüßen



Klaus Schumacher